

Pensionskasse PANVICA

(proparis Vorsorge-Stiftung Gewerbe Schweiz)

VORSORGEREGLEMENT 2017

Erster Teil: Vorsorgeplan Aufschub mit Beiträgen

Für die in den Allgemeinen Bestimmungen des Vorsorgereglements umschriebene berufliche Vorsorge im Rahmen des BVG gilt ab 1. Januar 2017 für alle im Vorsorgeplan (VP) Aufschub mit Beiträgen (erweiterter BVG-Plan) versicherten Personen nachstehender Vorsorgeplan.

Die Allgemeinen Bestimmungen (zweiter Teil des Vorsorgereglements) können beim Arbeitgeber bzw. bei der Durchführungsstelle der Pensionskasse eingesehen bzw. angefordert werden.

Pensionskasse PANVICA
Talstrasse 7
Postfach 514
3053 Münchenbuchsee
Tel. 031 388 14 88
Fax 031 388 14 89

Alle Personen- und Funktionsbezeichnungen in diesem Reglement gelten gleichermassen für beide Geschlechter.

Die reglementarischen Bestimmungen gehen grundsätzlich den Angaben auf dem Persönlichen Ausweis (zahlenmässige Kontrolle des reglementarischen Anspruchs in einem gewissen Zeitpunkt) vor.

Massgebend ist der deutsche Text des Reglements.

1. Kreis der versicherten Personen

(vgl. Ziff. 2.1 der Allgemeinen Bestimmungen)

Die Mitgliedfirmen sowie Selbständigerwerbende der in den Allgemeinen Bestimmungen aufgeführten angeschlossenen Verbände führen die berufliche Vorsorge bei der Pensionskasse durch. In diesem Plan können nur Arbeitnehmer und Selbständigerwerbende aus einem vorbestandenem Vorsorgeplan der Pensionskasse weitergeführt werden, die das ordentliche AHV-Pensionsalter (65 Jahre bei Männern bzw. 64 Jahre bei Frauen) erreicht haben, ihre Erwerbstätigkeit weiterführen und damit ein Einkommen über dem Mindestlohn gemäss BVG (Eintrittsschwelle) erzielen. Dazu muss der Durchführungsstelle rechtzeitig gemeldet werden, dass der Bezug der reglementarischen Altersleistungen aufgeschoben werden soll (gemäss Ziff. 4.3.2 der Allg. Bestimmungen).

2. Berechnungsgrundlagen

(vgl. Ziff. 3 der Allgemeinen Bestimmungen)

A Pensionsalter

Das Pensionsalter im Aufschub-Plan erreicht die versicherte Person am Monatsersten nach definitiver Aufgabe der Erwerbstätigkeit, spätestens aber nach Erreichen des 70. (bei Männern) bzw. des 69. (bei Frauen) Altersjahres.

B Versicherter Lohn

Als AHV Jahreslohn Lohn gilt der letzte bekannte AHV-Lohn unter Berücksichtigung der für das laufende Jahr bereits vereinbarten Änderungen. Wesentliche Änderungen des AHV-Lohnes während des laufenden Jahres sind unverzüglich zu melden.

Der versicherte Lohn entspricht dem AHV-Lohn abzüglich des Koordinationsabzugs gemäss BVG. Beträgt der versicherte Lohn weniger als der minimale versicherte Lohn gemäss BVG, so wird er auf diesen Betrag aufgerundet. Der versicherte Lohn entspricht höchstens dem maximalen versicherten Jahreslohn gemäss BVG.

Ist in Ziff. 2. B. Vorsorgeplan vom AHV-Jahreslohn die Rede, und ist die versicherte Person nicht während des ganzen Jahres versichert (z.B. unterjähriger Beginn bzw. unterjähriges Ende des Arbeitsverhältnisses), so entspricht der AHV-Jahreslohn jenem AHV-Lohn, den die versicherte Person bei ganzjähriger Beschäftigung mit gleichem Beschäftigungsgrad erzielt hätte.

C Altersgutschriften / Altersguthaben

Die Höhe der jährlichen Altersgutschriften beträgt:

Alter		Gutschrift in % des versicherten Lohnes
Männer	Frauen	
65 – 70	64 - 69	18

Das Altersguthaben setzt sich zusammen aus

- dem Altersguthaben im AHV-Pensionsalter 65 (Männer) bzw. 64 (Frauen), unter Wahrung der bis zu diesem Zeitpunkt erworbenen obligatorischen und überobligatorischen Altersguthaben,
- den Altersgutschriften, die alle dem überobligatorischen Altersguthaben gutgeschrieben werden,
- allfälligen Einmaleinlagen sowie

- den auf diesen Beträgen nach den Bestimmungen der Versicherungskommission vergüteten Zinsen. Die Verzinsung des obligatorischen Teiles des Altersguthabens (Mindestleistungen gemäss BVG) richtet sich nach den gesetzlichen Mindestvorschriften.

Dem Altersguthaben werden die zu übertragende Austrittsleistung bei Ehescheidung resp. Auflösung einer eingetragenen Partnerschaft und Leistungen im Rahmen der Wohneigentumsförderung belastet.

3. Vorsorgeleistungen

(vgl. Ziff. 4 - 8 der Allgemeinen Bestimmungen)

A Im Alter

- *Lebenslängliche Altersrente*

Die Altersrente wird fällig, wenn die versicherte Person das Pensionsalter gemäss Ziff. 2. A erreicht.

Die Höhe der aufgeschobenen Altersrente richtet sich nach dem tatsächlich vorhandenen Altersguthaben gemäss Ziff. 2. C Vorsorgeplan. Dabei wird die Altersrente mit den nach versicherungstechnischen Grundsätzen erhöhten Umwandlungssätzen für das obligatorische und das überobligatorische Altersguthaben berechnet.

Die versicherte Person kann anstelle der Altersrente die Kapitalauszahlung eines beliebigen Teils oder ihres gesamten Altersguthabens verlangen. Die entsprechende Erklärung hat sie spätestens sechs Monate vor Erreichen des Pensionsalters nach Ziff. 2. A der Durchführungsstelle schriftlich einzureichen. Mit dem Kapitalbezug entfallen die entsprechenden Ansprüche auf Altersrenten, Pensionierten-Kinderrenten, Waisenrenten und Renten für überlebende Ehegatten bzw. Lebenspartner.

- *Pensionierten-Kinderrenten*

Die Pensionierten-Kinderrente wird fällig, wenn die versicherte Person das Pensionsalter gemäss Ziff. 2. A. erreicht und anspruchsberechtigte Kinder hat.

Die Höhe der Pensionierten-Kinderrente beträgt pro Kind 20% der laufenden Altersrente.

B Bei Invalidität

Es werden keine Invaliditätsleistungen fällig; wird die versicherte Person während der Aufschubzeit arbeitsunfähig, so wird ab dem Monatsersten nach Beendigung der Lohnzahlung oder Lohnfortzahlung die Altersleistung fällig.

C Im Todesfall

Stirbt die versicherte Person während der Aufschubzeit, so gilt sie für die Festsetzung der Ehegatten-, Lebenspartner- und Waisenrente ab dem auf den Todestag folgenden Monatsersten als Altersrentnerin.

- *Rente für den überlebenden Ehegatten*

Die Ehegattenrente wird fällig, wenn eine verheiratete versicherte Person stirbt. Im Übrigen richtet sich die Anspruchsbegründung nach Ziff. 6.1 der Allgemeinen Bestimmungen. Die Leistungen der Unfallversicherung gemäss UVG gehen grundsätzlich vor.

Die Ehegattenrente beträgt 60 % der laufenden Altersrente.

- **Lebenspartnerrente**

Eine anspruchsbegründende Lebenspartnerschaft liegt vor, wenn im Zeitpunkt des Todes beide Lebenspartner unverheiratet und nicht miteinander verwandt sind und

- entweder der hinterbliebene Lebenspartner älter als 45 Jahre ist und sie in den letzten fünf Jahren ununterbrochen im gleichen Haushalt lebten
- oder der hinterbliebene Lebenspartner für den Unterhalt eines oder mehrerer gemeinsamer Kinder aufkommen muss.

Eine anspruchsbegründende Lebenspartnerschaft ist auch unter gleichgeschlechtlichen Personen möglich.

Das Vorliegen einer anspruchsbegründenden Lebenspartnerschaft ist mittels einer schriftlichen, von beiden Lebenspartnern unterzeichneten Bestätigung festzuhalten und zu Lebzeiten der versicherten Person der Durchführungsstelle zu melden.

Die Höhe der Lebenspartnerrente entspricht derjenigen der Ehegattenrente.

- **Waisenrente**

Die Waisenrente wird fällig, wenn eine versicherte Person stirbt und anspruchsberechtigte Kinder hinterlässt. Im Übrigen richtet sich die Anspruchsbegründung nach Ziff. 7 der Allgemeinen Bestimmungen.

Die Höhe der Waisenrente entspricht pro Kind 20% der Altersrente gemäss Ziff. 3. A Vorsorgeplan.

- **Todesfallkapital**

Das Todesfallkapital wird fällig, wenn die versicherte Person vor Erreichen des Pensionsalters stirbt.

Die Höhe des Todesfallkapitals entspricht dem Altersguthaben am Ende des Todesmonats, soweit dieses Altersguthaben nicht zur Mitfinanzierung einer Ehegatten- oder Lebenspartnerrente oder einer entsprechenden Abfindung benötigt wird.

Der Anspruch auf das Todesfallkapital richtet sich nach Ziff. 6.4 der Allgemeinen Bestimmungen.

4. Finanzierung

(vgl. Ziff. 11 der Allgemeinen Bestimmungen)

A Jährlicher Beitrag

Die Höhe der Beiträge (Beitragsordnung) wird unter Berücksichtigung des tatsächlichen Vorsorgeaufwandes festgelegt und den Mitgliedfirmen in geeigneter Form mitgeteilt.

Die Beiträge gehen je zur Hälfte zu Lasten des Arbeitgebers und der versicherten Person. Eine für die versicherte Person günstigere Aufteilung ist zulässig.

B Freizügigkeitsleistungen / Einmaleinlagen

Der Einbau von Freizügigkeitsleistungen und der Einkauf in die vollen reglementarischen Leistungen sind für Versicherte im Aufschub-Plan ausgeschlossen.